

Vortragsabend

der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen
in der Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union in Brüssel

Die „Vermessung Europas“: EU-Integrationsindex vor dem Hintergrund der aktuellen Eurokrise

RENATE OHR

8. Oktober 2012

Im Zusammenhang mit der Schuldenkrise einiger Euroländer sprechen sich manche – vor allem Ökonomen – für einen Austritt Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion aus, andere – vor allem Politiker – tendieren dagegen zu „mehr Europa“ (etwa Bundeskanzlerin Merkel). Allen gemeinsam ist wohl das Ziel, den Frieden in Europa über eine nachhaltige europäische Integration zu bewahren. Aber was ist „*die*“ europäische Integration? Ist sie messbar? Ist sie für alle EU-Mitglieder gleich? Und welche Bedeutung hat sie im Zusammenhang mit der Bewältigung der aktuellen Eurokrise? Kann vielleicht „weniger Integration“ letztlich „mehr Integration“ sein?

Der folgende Vortrag will sich mit diesen Fragestellungen befassen, wobei der Schwerpunkt hier auf der *wirtschaftlichen* Integration in der EU liegt.

Zum Begriff „Europäische Integration“

In der Ökonomie bezeichnet man als regionale (wirtschaftliche) Integration die Verbindung einer Anzahl bislang getrennter Wirtschaftsgebiete oder Märkte zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum oder Gemeinsamen Markt. Der Weg dorthin kann dabei zum einen über Fortschritte im freien Austausch von Waren, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren erfolgen, also über eine intensivere Verflechtung der Märkte (das am meisten beeindruckende Beispiel ist der Europäische Binnenmarkt). Zum anderen kann Integration aber auch über Fortschritte in der Abstimmung, Harmonisierung und Vereinheitlichung von wirtschaftlichen Institutionen und wichtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen erfolgen (als Beispiel sei hier die Europäische Währungsunion genannt).

Um den Zustand der europäischen (wirtschaftlichen) Integration in seiner gesamten Komplexität zu erfassen, soll im Folgenden nun ein an meiner Professur entwickelter umfassender Index vorgestellt werden, der die vielfältigen Integrationsbeziehungen insgesamt messen kann.¹ Ziel dieses Indexes ist es, der wissenschaftlichen und auch der politischen Diskussion um die europäische Integration eine quantifizierbare Basis zu geben, um wirtschaftliche Entwicklungen oder politische Entscheidungen, die auf „die“ europäische Integration zielen, besser beurteilen zu können.

Die Integrationstheorie besagt, dass der Abbau von Handels- und Mobilitätshemmnissen im Zuge der vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes die Transaktionskosten senkt und damit den Austausch auf den Gütermärkten, den Finanzmärkten und den Arbeitsmärkten innerhalb der EU verstärkt (Marktintegration). Durch gemeinsame Politiken wird zugleich eine Harmonisierung und Zentralisierung ökonomischer Einflussgrößen und Rahmenbedingungen bewirkt, die Reibungsverluste in den innergemeinschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen verringern kann (institutionelle Integration).² Marktintegration und institutionelle Integration können zudem über einen verstärkten Wettbewerb auf den Märkten eine bessere Vergleichbarkeit von Gütern, Produktionsfaktoren und Preisen sowie durch den verstärkten Austausch Konvergenzprozesse zwischen den EU-Mitgliedstaaten auslösen. Marktintegration und institutionelle Integration können darüber hinaus über die damit verbundenen zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen auch eine stärkere Symmetrie der Konjunkturzyklen der EU-Mitgliedstaaten bewirken. Somit erscheinen zur Messung der wirtschaftlichen Integration zum einen Indikatoren sinnvoll, die die *direkten Ausprägungen* der verstärkten Marktintegration durch den Binnenmarkt und der Teilnahme an gemeinsamen institutionellen Regelungen erfassen, zum anderen aber auch Indikatoren, die die *Wirkung* von Integration (wirtschaftliche Konvergenz oder Konjunkturgleichlauf) widerspiegeln und damit ebenfalls Rückschlüsse auf die vorhandene Integration innerhalb der EU zulassen.

¹ Vgl. hierzu Jörg König, Renate Ohr: Different Efforts in European Economic Integration: Implications of the EU-Index, in: Journal of Common Market Studies, forthcoming, doi: 10.1111/jcms.12085.

² Nicht alle Formen der institutionellen Integration müssen dabei jedoch positive Wohlfahrtseffekte beinhalten. So können auch negative Effekte aus dieser Integrationsform entstehen, insbesondere wenn die Maßnahmen der gemeinsamen Institutionen nicht den jeweiligen nationalen Präferenzen und Erfordernissen entsprechen.

Zur Konstruktion des EU-Integrationsindex

In dem nun vorzustellenden EU-Index sind alle Staaten der EU enthalten, die vor der EU-Osterweiterung bereits EU-Mitglieder waren, die sog. „EU-15“ (mit Ausnahme Luxemburgs³). Für die osteuropäischen Beitrittsländer ist die Datenverfügbarkeit noch begrenzt, so dass sie nicht mit aufgenommen werden konnten. Zudem sollte ein längerer Zeitraum erfasst werden, der schon vor der Osterweiterung begann. Der EU-Index kann nun bis zum Jahr 1999 zurückverfolgt werden, also bis zum letzten großen Vertiefungsschritt der EU-Integration (der Einführung des Euro).

Es wurden 25 Indikatoren herangezogen, die die europäische (wirtschaftliche) Integration umfassend beschreiben und deren Daten vornehmlich aus „Eurostat“ erhältlich sind. Die Werte der Indikatoren wurden standardisiert (normiert), um sie zu einem Gesamtwert zusammenfassen zu können. Sodann erfolgte die Gewichtung der Werte nach der statistischen Methode der Hauptkomponentenanalyse. Es entstand eine Skala von 0 bis 100, wobei der Wert 100 höchst mögliche Integration bedeutet.

Indikatoren des EU-Indexes

Binnenmarktindikatoren

EU-Offenheit (in Prozent des BIP)

- Warenhandel mit EU
- Dienstleistungshandel mit EU
- Kapitalverkehr mit EU
- Arbeitskräftemobilität mit EU

EU-Anteil (in Prozent aller internationalen Wirtschaftsbeziehungen)

- Warenhandel mit EU
- Dienstleistungshandel mit EU
- Kapitalverkehr mit EU
- Arbeitskräftemobilität mit EU

Konjunktursymmetrie

- Wirtschaftswachstum
- Inflation
- Arbeitslosigkeit
- Staatlicher Finanzierungssaldo

Konvergenzindikatoren

- Pro-Kopf-Einkommen
- Preisniveau
- Arbeitskosten
- Langfristige Zinssätze
- Schuldenquote
- Konsumentensteuersatz
- Kapitalsteuersatz

Institutionelle Konformität

EU-Teilnahmen

- EWU-Mitgliedschaft
- Schengen-Teilnahme

EU-Verletzungen

- Mahnschreiben der EU-Kommission
 - EuGH-Verurteilungen: Binnenmarkt
 - EuGH-Verurteilungen: Umwelt und Verbraucherschutz
 - EuGH-Verurteilungen: Sonstiges
-

³ Luxemburg ist bei vielen Indikatoren ein Ausreißer, so dass der Index dann etwas verzerrt gewesen wäre.

Obige Tabelle zeigt die verwendeten Indikatoren. Für jedes Land wurden zum einen die Marktverflechtungen im Waren- und Dienstleistungshandel, dem Kapitalverkehr und auf dem Arbeitsmarkt mit den übrigen EU-Mitgliedern erfasst (Binnenmarktindikatoren). Zum anderen wurden Indikatoren der institutionellen Integration betrachtet. Vom Prinzip her hat ein Land, wenn es in die EU eintritt, den gesamten *Acquis Communautaire* zu übernehmen, und weitere Maßnahmen der Integrationsvertiefung werden in der Regel für alle Mitglieder gemeinsam vereinbart. Es gibt bei den EU-15 Ländern nur wenige Ausnahmereiche, an denen nicht alle teilnehmen – dies sind die Währungsunion und die Teilnahme am Schengen-Abkommen. Davon abgesehen sollte es somit keine großen Unterschiede in der institutionellen Integration zwischen den einzelnen Mitgliedern geben. Allerdings bedeutet eine *de jure*-Integration nicht immer auch eine *de facto*-Integration! Zwar sind alle EU-Länder Mitglieder des Binnenmarktes, aber ob sie alle *de facto* die Binnenmarktregeln gleichermaßen befolgen, ist zu überprüfen. Hierfür wurden für die einzelnen Länder jeweils die an sie gerichteten Mahnschreiben der EU sowie die sie betreffenden EuGH-Verurteilungen im Bereich Binnenmarkt, Umwelt usw. herangezogen, und es zeigte sich tatsächlich eine recht unterschiedliche *de facto*-Beteiligung an den institutionellen Vorgaben der EU.

Weiterhin wurden Indikatoren für die Konvergenz und die Konjunktursymmetrie jedes einzelnen Landes gegenüber den übrigen EU-Partnern gesucht. Bezüglich der Konvergenz geht es darum, inwieweit sich wichtige gesamtwirtschaftliche Größen, wie Pro-Kopf-Einkommen, Preisniveau, Arbeitskosten, Zinsen, Steuern eines Landes dem jeweiligen Durchschnittswert der übrigen EU-Länder angenähert haben. Bei der Konjunktursymmetrie werden die traditionellen Konjunkturindikatoren wie Wachstum, Inflation, Beschäftigung und staatlicher Finanzierungssaldo jedes Landes mit dem Durchschnittswert der anderen EU-Länder korreliert.

Erste Ergebnisse

Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt die Ergebnisse des Indexes für die Jahre 1999 und 2010. Belgien ist 2010 das mit Abstand am meisten integrierte Land mit über 77 Index-Punkten, Griechenland das mit Abstand am wenigsten integrierte Land mit weniger als 44 Index-Punkten. Schon 1999 hatten diese beiden Länder den obersten bzw. untersten Rang. Bei den übrigen Ländern haben sich die Rangplätze zum Teil etwas verschoben: Irland ist deutlich abgerutscht, Österreich dafür aufgestiegen. Alle Nicht-Euro-Staaten (Großbritannien, Schweden, Dänemark) befinden sich in der unteren Hälfte, genauso wie die aktuellen Krisenstaaten der Eurozone („GIPS“:

EU-Integrationsindex 1999			EU-Integrationsindex 2010		
Rang	Land	Index	Rang	Land	Index
1	Belgien	68.42	1	Belgien	77.33
2	Irland	60.93	2	Österreich	65.74
3	Frankreich	59.36	3	Niederlande	64.54
4	Niederlande	59.03	4	Frankreich	64.24
5	Spanien	57.23	5	Deutschland	64.08
6	Österreich	56.97	6	Irland	62.38
7	Deutschland	52.86	7	Finnland	61.54
8	Schweden	49.96	8	Schweden	57.22
9	Portugal	49.13	9	Spanien	57.16
10	Finnland	48.82	10	Italien	56.08
11	Italien	46.09	11	Portugal	55.86
12	Großbritannien	44.62	12	Dänemark	55.72
13	Dänemark	44.17	13	Großbritannien	52.17
14	Griechenland	33.09	14	Griechenland	43.65

Griechenland, Italien, Portugal, Spanien), wobei Spanien 1999 allerdings noch den Rang 5 inne hatte. Diejenigen Länder, die derzeit in der Krise sind, sind also gerade solche, die nach wie vor nur unterdurchschnittlich an der EU-Integration partizipieren. Die EWG-Gründerstaaten (außer Italien) dagegen, also Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, sind in der oberen Hälfte zu finden. Selbst heute – mehr als 50 Jahre nach Gründung der EWG – sind es also immer noch die damaligen Gründungsstaaten, die besonders stark in die EU-Integration eingebunden sind. Insgesamt hat sich für alle Länder – außer Spanien – jedoch die Integration mit den übrigen EU-Ländern verbessert, die Indexwerte sind also gestiegen, jedoch ist die große Spannbreite der Indexwerte nahezu unverändert bestehen geblieben. Zum einen ist also ein Integrationsfortschritt in dem betrachteten Zeitraum feststellbar, aber die Heterogenität der Integrationstiefe hat Bestand. Wir finden somit nach wie vor länderspezifisch sehr unterschiedliche Maße an (wirtschaftlicher) Integration in der EU, die sich auch durch die Euro-Einführung nicht abgebaut haben!

Betrachtet man den Subindex Binnenmarkt, der die Marktverflechtungen auf den Waren-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Finanzmärkten erfasst, so hat sich die Spannbreite der Integration sogar noch leicht vergrößert, die Heterogenität der Integrationstiefe hat also zugenommen. Die einzelnen Länder haben 2010 gegenüber 1999 zum Teil einen etwas höheren Integrationsgrad erreicht (etwa Belgien, Schweden, Österreich, Dänemark), zum Teil hat die Integration sogar abgenommen (Griechenland, Irland, Italien, Großbritannien). Man kann daraus schließen, dass 12 Jahre Währungs-

EU-Binnenmarktindex 1999			EU-Binnenmarktindex 2010		
Rang	Land	Index	Rang	Land	Index
1	Belgien	68.18	1	Belgien	74.62
2	Irland	60.06	2	Irland	55.19
3	Niederlande	46.85	3	Niederlande	47.70
4	Schweden	38.94	4	Schweden	42.22
5	Portugal	36.40	5	Österreich	39.36
6	Frankreich	35.56	6	Dänemark	37.24
7	Österreich	35.13	7	Frankreich	36.12
8	Dänemark	34.45	8	Portugal	36.05
9	Deutschland	34.09	9	Deutschland	34.75
10	Spanien	33.83	10	Spanien	33.73
11	Großbritannien	30.78	11	Finnland	30.90
12	Finnland	30.48	12	Großbritannien	29.39
13	Italien	25.58	13	Italien	23.78
14	Griechenland	23.56	14	Griechenland	18.75

union die Binnenmarkt-Integration der Euro-Länder nicht signifikant verbessert haben. Nicht-Euro-Länder (Schweden, Dänemark) haben ihre Integration teilweise erhöht, manche Euro-Länder sind mittlerweile etwas weniger integriert.

Auch die anderen Subindizes⁴ zeigen eine große Heterogenität der betrachteten Länder. Der Subindex Konvergenz, der die Annäherung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Größen wie Pro-Kopf-Einkommen, Preisniveau, Arbeitskosten, Steuern etc. eines Landes gegenüber dem EU-Durchschnitt abbildet, weist 2010 eine Spannbreite zwischen knapp 39 (Griechenland) und knapp 85 (Deutschland) auf. Dass Deutschland den höchsten Konvergenzwert besitzt, bedeutet hierbei, dass es bei den betrachteten ökonomischen Variablen am nächsten am Durchschnitt der EU angesiedelt ist. D.h., es gibt viele Länder, die bessere Werte und viele Länder, die schlechtere Werte aufweisen. Am unteren Ende der Skala des Subindexes Konvergenz sind daher nicht nur Griechenland, das stark nach unten abweicht, sondern auch Dänemark, das stark nach oben abweicht. Auch bei diesem Subindex hat sich in dem Zeitraum 1999 bis 2010 die Spannbreite der Indexwerte nicht verringert, sondern leicht vergrößert. Die von der Einführung des Euro erwartete Konvergenz⁵ ist also auch nicht eingetreten.

Anders ist es bei dem Subindex Konjunktursymmetrie, also der Annäherung der Konjunkturindikatoren Inflationsrate, Wachstumsrate, Beschäfti-

⁴ Zu den konkreten Werten der folgenden Subindizes vgl. Jörg König, Renate Ohr, a.a.O.

⁵ Vgl. hierzu z. B. Paul De Grauwe, Francesco Mongelli: Endogeneities of Optimum Currency Areas: What Brings Countries Sharing a Single Currency Closer Together, ECB Working Paper No. 468, Frankfurt 2005.

gungsentwicklung etc. Hier ist eine signifikante Verbesserung festzustellen. Während 1999 noch Frankreich mit 54 den höchsten Indexwert aufwies und Griechenland sogar einen negativen Wert erhielt, also einen konträren Konjunkturverlauf zu den EU-Partnern zeigte, hat Frankreich 2010 einen Indexwert von 92 und Irland als das Land, das nun am unteren Ende rangiert, von 53 (Griechenland mittlerweile von 60). Hier hat sich also sehr viel getan, die Konjunkturverläufe haben sich sehr stark angenähert. Allerdings hat diese Konjunktursymmetrie nicht bewirkt, dass sich die absoluten Werte wie Pro-Kopf-Einkommen ebenfalls annähern, wie vielfach prognostiziert worden war.⁶ Also trotz der Konjunktursymmetrie ist keine Konvergenz nachweisbar.

Abschließend noch ein paar Worte zur institutionellen Integration. Die Indexpunkte haben hier im Jahr 2010 die Bandbreite von 58 (Großbritannien) bis 95 (Finnland). In den letzten Jahren abgesunken sind auch hier Länder wie Spanien, Portugal, Italien; aufgestiegen sind Länder wie Schweden, Dänemark, Finnland.

Wir finden somit länderspezifisch sehr unterschiedliche Maße an (wirtschaftlicher) Integration in der EU. Die vier Dimensionen von Integrationsmessung zeigen zudem unterschiedliche Entwicklungen. Binnenmarkt-Integration und institutionelle Integration haben sich nicht signifikant verändert. Die Konjunktursymmetrie hat sich gravierend verbessert, während die Konvergenz nicht zugenommen hat, eher ist eine Divergenz zu beobachten – trotz Binnenmarkt, Währungsunion und EU-Kohäsionspolitik.

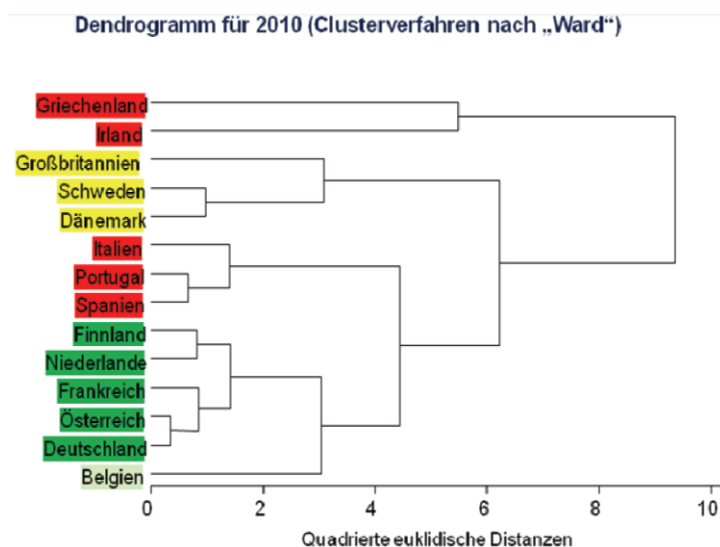
Darüber hinaus unterscheiden sich die Rankings in den Sub-Indizes stark. Manche Länder haben eine größere Integrationsbereitschaft und/oder -fähigkeit bei der Marktintegration, andere bei der institutionellen Integration.

Clusteranalyse

Der EU-Index zeigt somit eine deutliche Heterogenität innerhalb der EU in Hinblick auf den Grad der Integration jedes einzelnen Landes mit der Gruppe der übrigen EU-Partner. Doch wie sieht es bilateral aus? Sind vielleicht einzelne Länder untereinander stärker integriert? Gibt es Gruppen von Ländern, die untereinander ähnlicher und stärker integriert sind als gegenüber der gesamten EU?

⁶ Vgl. hierzu Davide Furceri, Georgios Karras: Business-cycle synchronization in the EMU, in: Applied Economics, Vol. 40, 2008, S. 1491–1501

Mit Hilfe einer Clusteranalyse – aufbauend auf den selben Daten wie für den Integrationsindex – kann gezeigt werden, dass innerhalb der EU Untergruppen von Ländern identifizierbar sind, die untereinander einen deutlich größeren Homogenitätsgrad aufweisen als der gesamte EU-Raum. Die Darstellung erfolgt durch ein sog. Dendrogramm, bei dem auf der Abszisse die Distanzen zwischen den Ländern, d.h. die Unterschiede, die die Länder bei den untersuchten wirtschaftlichen Daten aufweisen, abgetragen werden. Die Länder bzw. Ländergruppen, die jeweils die geringste Distanz im Vergleich zu den übrigen zeigen, werden miteinander verbunden – solange, bis alle Länder mit einem anderen Land oder einem Ländercluster verknüpft sind.



Die Grafik zeigt, dass z. B. Deutschland und Österreich das Länderpaar mit den geringsten Distanzen zueinander bilden. Das nächste Land, das dort hinzukommt, ist Frankreich. Eng verbunden sind auch Spanien und Portugal, dort ist dann Italien das Land, das noch relativ ähnlich ist. Hat man alle Länder miteinander verglichen, so stellt man fest, dass eine Gruppe von fünf relativ homogenen Ländern existiert, die wenig Distanz untereinander haben („EU-Kern“, grün markiert). Weiterhin bilden drei der vier „GIPS“-Staaten eine Gruppe (rot markiert), die aber einen deutlichen Abstand zum „EU-Kern“ aufweist. Die drei Nicht-Euro-Länder (gelb) bilden ebenfalls eine Gruppe mit noch größerem Abstand zum „EU-Kern“. Irland und Griechenland, die ersten beiden Länder unter dem EFSF-Ret-

tungsschirm, besitzen die größte Heterogenität zum „EU-Kern“. Man sieht also verschiedene Gruppen, die untereinander relativ ähnlich sind, aber eine klare Distanz zu anderen EU-Ländern offenbaren, wobei der „EU-Kern“ die geringsten Distanzen im Inneren aufweist und zugleich die Länder umfasst, die derzeit die geringsten Probleme in der Eurokrise haben.

Schon 1999 gab es im Übrigen eine solche Kerngruppe (ebenfalls von Deutschland und Österreich angeführt). Diese Gruppe war aber größer (sie umfasste auch Portugal, Italien, Spanien) und war in sich wesentlich heterogener als der heutige „EU-Kern“. Finnland gehörte dagegen 1999 noch nicht zum „EU-Kern“.

Die Heterogenität der EU-Länder zeigt sich somit nicht nur in ihrer unterschiedlichen Integrationsstärke, sondern zunehmend auch in unterschiedlicher bilateraler „Nähe“ zu den Partnerländern. In der EU gibt es schon immer Ländergruppen, die untereinander homogener sind, aber zu anderen Gruppen sehr heterogen sind. Diese „Clustering“ hat in den Jahren seit der Euro-Einführung sogar zugenommen, indem die Abgrenzung zwischen den Clustern immer schärfer wird, die Cluster in sich aber immer homogener werden. Die derzeitigen „Krisenländer der EU“ sowie die „Nicht-Euro-Staaten“ zeigen eine deutliche „Distanz“ zum stabilen „EU-Kern“.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus in Hinblick auf die Eurokrise?

War die Eurokrise vorhersehbar?

Natürlich war die Heterogenität der EU-Länder auch vor dem Start der Währungsunion schon Thema in wissenschaftlichen und politischen Debatten. Doch die Sichtweise war unterschiedlich. So gibt es ein Zitat von Horst Köhler, damals noch Finanzstaatssekretär unter Kanzler Kohl, der optimistisch verkündete: „Es wird nicht so sein, dass der Süden bei den sogenannten reichen Ländern abkassiert. Dann nämlich würde Europa auseinanderfallen. Es gibt eine ‚no bail out rule‘. D.h., wenn sich ein Land durch eigenes Verhalten hohe Defizite zulegt, dann ist weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedstaat verpflichtet, diesem Land zu helfen.“⁷ Horst Köhler sah zwar die Heterogenität und mögliche daraus resultierende Probleme, doch vertraute er auf vereinbarte Regeln (wie das „no bail out“), die dies verhindern sollten.

⁷ Aus einem Interview mit Horst Köhler in: Der Spiegel, No. 15/92, S. 44 f.

Andere schätzten dagegen die Gefahren dieser Heterogenität der Mitgliedsländer größer ein und vertrauten nicht auf die angeblich so sicheren Regeln. So gab es in den 1990er Jahren zwei von Ökonomeprofessoren initiierte sog. Manifeste, die vor den Risiken einer Gemeinschaftswährung in einem so heterogenen Wirtschaftsraum warnten.⁸ Folgende Hauptthesen waren darin zu finden:

- Es besteht eine zu große Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen Strukturen und wirtschaftspolitischer Präferenzen.
- Die Maastrichter Konvergenzkriterien sind unzureichend, um hinreichende Homogenität und eine solide gemeinsame Währung zu garantieren.
- Die wirtschaftlichen Unterschiede werden sich verschärfen (Divergenz).
- Die fiskalische Stabilität ist nicht nachhaltig gesichert; der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist dazu nicht ausreichend.
- Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist gefährdet.
- Konsequenz: Eine instabile Währung und Gemeinschaft – und/oder eine Transferunion (trotz des „no bail out“).

Mittlerweile kann leider jeder selbst überprüfen, wie realistisch diese Risikoeinschätzung war.⁹ Doch hilft uns dies in der heutigen Situation? Auch wenn der Euro – im Rückblick – zumindest für einige Länder zu früh kam, ist nicht dennoch das Risiko seines jetzigen Scheiterns eine viel gefährlichere Perspektive als die derzeitigen Probleme?

Scheitert Europa, wenn der Euro scheitert?

Hier ist eine klare gedankliche Trennung von Europäischer Union und Europäischer Währungsunion nötig. Die Europäische Union hat vor allem mit dem EU-Binnenmarkt ein weltweit einzigartiges Integrationsprojekt realisiert. Einen solchen gemeinsamen Wirtschaftsraum ohne Grenzkontrollen mit absolut freiem Handel, Kapitalverkehr und Arbeitskräftemobilität für 27 souveräne Nationalstaaten gibt es nirgendwo in der Welt. Aber

⁸ „Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: Eine Gefahr für Europa“, unterzeichnet von mehr als 60 Professoren, erschienen am 11. Juni 1992 u.a. in der ZEIT und der FAZ; sowie „Der Euro kommt zu früh“, unterschrieben von mehr als 160 Professoren, publiziert am 9. Febr. 1998 in der Financial Times und der FAZ.

⁹ Vgl. Renate Ohr: Wie viel Euro braucht Europa?, Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jg., Heft 13/2012, S. 26.

dieser Binnenmarkt braucht den Euro nicht.¹⁰ Der Binnenmarkt ist vor dem Euro entstanden, und er funktionierte auch schon vor dem Euro. Er umfasst auch heute viele EU-Länder, die gar nicht zum Euroraum gehören, wie Großbritannien, Schweden, Dänemark, Polen, Ungarn usw. Diese Länder sind genauso stark in den Binnenmarkt integriert und profitieren davon wie die Euro-Länder. Der Integrationsindex zeigte ja auch, dass sich die Binnenmarktintegration nicht entscheidend verändert hat, seit es den Euro gibt. Diesen Binnenmarkt aber gilt es zu bewahren! Doch gerade die durch den Euro hervorgerufenen Verwerfungen können nun die europäische Integration schwächen: Die derzeitige Überforderung der Schuldnerländer durch harte Sanierungsprogramme und der Gläubigerländer durch die ausufernden Rettungsschirme behindert die Integrationsbereitschaft der Europäer und könnte sogar zur Zerreißprobe für die EU werden. Das „Eurobarometer“¹¹ zeigt genau diesen Vertrauensverlust der europäischen Bürger gegenüber der EU:

Eurobarometer Befragung Mai 2012	Vertrauen Sie der EU?		Entwickeln sich die Dinge in der EU richtig?	
	Eher vertrauen*	Eher nicht vertrauen*	In die richtige Richtung*	In die falsche Richtung*
EU-27	31 % (57 %)	60 % (36 %)	21 %	53 %
Deutschland	30 % (56 %)	61 % (36 %)	20 %	53 %
Griechenland	19 % (65 %)	79 % (31 %)	10 %	74 %
Spanien	21 % (66 %)	72 % (20 %)	17 %	58 %
Bulgarien	55 % (69 %)	30 % (16 %)	46 %	17 %

* Zu den hier angegebenen Prozentzahlen addieren sich noch „Keine Antwort“ bzw. „Weder/noch“-Antworten.

Eine der Standardfragen lautet: „Sagen Sie mir, ob Sie der Europäischen Union eher vertrauen oder eher nicht“: Wie die Tabelle für ein paar ausgewählte Länder zeigt, vertrauen laut der letzten Umfrage nur noch 31 % der EU-Bürger der Europäischen Union, in Griechenland sind es sogar nur noch 19 %, in Spanien nur noch 21 %. Die Zahlen in den Klammern geben die jeweiligen Höchstwerte an, die in früheren Befragungen schon einmal erreicht wurden. Man sieht, dass im Gegensatz zu heute in der Vergangenheit schon Vertrauensquoten bis zu 69 % erreicht worden waren.

¹⁰ Vgl. Renate Ohr, Jörg König: EU-Binnenmarktintegration im Lichte des EU-Integrationsindex, in: Wirtschaftsdienst, 2012, S. 795 ff.

¹¹ Im Eurobarometer (Auftraggeber: EU-Kommission) werden die Ergebnisse halbjährlicher öffentlicher Meinungsumfragen in der EU präsentiert.

Eine andere Frage lautet: „Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in der EU derzeit in die richtige oder falsche Richtung entwickeln?“ Im Ergebnis bewerten nur 21 % der EU-Bevölkerung die Entwicklungsrichtung der Gemeinschaft als richtig, in Griechenland sind es sogar nur 10 % und in Spanien 17 %.

Hat somit ein „Mehr an Europa“, nämlich die gemeinsame Währung und die aktuellen Hilfsprogramme, Europa geeint? Wohl kaum, wenn immer weniger Menschen der EU und ihrer Entwicklung vertrauen. Überspitzt ausgedrückt kann man sagen, dass der ‚Euro‘ einen Wert bekommt, für den man am Ende vielleicht mit ‚Europa‘ bezahlt. Denn weder eine Transfergemeinschaft noch die letztendliche Inflationspolitik der EZB können das Grundproblem der strukturellen Heterogenität, der divergierenden Wettbewerbsfähigkeit und der mangelnden Stabilitätsbereitschaft in der Eurozone lösen. Die divergente Entwicklung, das Misstrauen, die Unzufriedenheit, die Überforderung bleiben bestehen und schaden dem europäischen Integrationsziel. Ein Ausscheiden einzelner Länder aus der Währungsgemeinschaft (nicht aber aus der EU!) könnte dagegen den verbleibenden, dann homogeneren und stärker integrierten Euroraum – und auch die EU – wieder stabilisieren. Den austretenden Ländern würde die eigenständige Geld- und Währungspolitik zugleich wieder weitere eigene Handlungsoptionen eröffnen. Unbeschadet dessen wären weitere Hilfen durch die EU-Partner möglich – die EU-Kohäsionspolitik bietet hierfür vielfältige Ansatzpunkte.

Fazit: Auch in Hinblick auf die europäische Integration kann weniger manchmal mehr sein: Europa muss letztlich zusammenwachsen, man kann es nicht über eine gemeinsame Währung zusammenzwingen.